

Grundsätzlich
unterstützt
der LSAP-Abgeordnete
Alex Bodry
das Regierungs-
vorhaben, die Arbeit
des luxemburgischen
Geheimdienstes
neu zu untermauern.
Doch er fordert
eine klare
Eingrenzung
der Aufgabengebiete
und eine wirksame
Kontrolle.



(Foto: Christian Mosar)

REFORM DES GEHEIMDIENSTES

"Aufgaben restriktiv auslegen"

woxx: Die LSAP wollte den Service de renseignement, den luxemburgischen Geheimdienst, einst abschaffen. Warum will sie das heute nicht mehr?

Alex Bodry: Diese Forderung findet man in LSAP-Texten der 70er Jahre. Der grüne Abgeordnete Jean Huss hatte noch vor ein paar Jahren ähnliches angestrebt. Mittlerweile hat auch seine Partei ihre Meinung geändert. Das ist wohl nicht ohne Grund geschehen.

Objektiv betrachtet gibt es in Europa nicht ein Land, das auf einen Geheimdienst verzichtet. Es wird immer eine Anlaufstelle benötigt, die den Kontakt mit ausländischen Nachrichtendiensten pflegt. Ich habe kein besonders inniges Verhältnis zum Service de renseignement, stehe ihm sogar eher kritisch gegenüber. Doch man muss der Realität ins Auge sehen statt Wunschträumen hinterher zu laufen.

Sie sprechen von Kontaktpflege. Würde ein Büro im Außenministerium nicht reichen?

Das wird in keinem Land so gehandhabt. Denn es geht ja auch um operative Maßnahmen. Anfragen dieser Art kommen von außen und können nicht immer von Justiz und Polizei durchgeführt werden.

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Arbeit des Geheimdienstes regeln soll. Wie bewerten Sie diesen Text?

Der derzeit gültige Gesetzestext stammt von 1960 und umfasst ganze sechs Seiten. Das ist nicht mehr als ein Rahmengesetz für eine Verwaltung. Das Meiste, was der Geheimdienst derzeit unternimmt, fällt in eine rechtliche Grauzone. Und die Kontrollmechanismen verdienen ihren Namen kaum - nur der Staatsminister wird über die Aktivitäten informiert. Es ist längst überfällig, ein Gesetz zu verabschieden, das die neuen Aufgaben festlegt und heutigen Standards der Rechtsstaatlichkeit entspricht.

Grundsätzlich hätten wir lieber einen neuen Text statt noch jahrelang mit dem alten zu arbeiten. Allerdings bedauern wir, dass dieser Entwurf so kurz vor den Wahlen vorgelegt wird und die Diskussion dann unter Zeitdruck geführt wird.

Sie erinnern sich an abenteuerliche Erklärungen hoher Beamter des Geheimdienstes im Oktober 2002 über angebliche Verbindungen der islamischen Gemeinschaft in Luxemburg zum Terrorismus. Auch die Überwachung von politi-

schen Organisationen wurde dem Dienst häufig vorgeworfen. Vertrauen Sie dem Urteilsvermögen und der politischen Neutralität des Service de renseignement?

Der Geheimdienst ist noch immer vorbelastet durch seine militärische Vergangenheit. Als er geschaffen wurde, ging es ausschließlich um die Außensicherheit, ganz im Sinne des Blockdenkens während des Kalten Krieges. So denken einzelne Personen beim Geheimdienst wohl noch immer.

Angesichts der veränderten Weltlage rutschte der Geheimdienst für längere Zeit in eine Existenzkrise. Aus ehemaligen Feindstaaten wurden Partner, ja, sogar Nato-Aspiranten. Ich erinnere mich an einen Fall Ende der 90er Jahre. Beamte meines Ministeriums wurden überprüft, weil sie Einsicht in geheime Dokumente hatten. Sie mussten Bögen ausfüllen mit Fragen wie, welche Länder sie bereist hatten, insbesondere "uns nicht wohl gesinnte" Länder. Ich hatte daraufhin den Geheimdienst um eine Liste dieser Länder gebeten. Nach diesem Zwischenfall wurden die Fragebögen, die wohl noch aus Hochzeiten des kalten Krieges stammten, geändert.

Dass jetzt erstmals ein Zivilist zum Direktor ernannt wurde, symbolisiert einen Rich-

tungswechsel. Uns wäre am liebsten, wenn das Gesetz als Leiter des Service de renseignement einen Magistraten, also einen hohen Justizbeamten, vorschreiben würde. Nicht weil wir glauben, dass ein Magistrat ein besserer Beamter wäre. Aber er würde beim Geheimdienst für mehr rechtsstaatliches Denken sorgen.

Sollte nicht eher das Gesetz für mehr Rechtsstaatlichkeit sorgen?

Natürlich. Uns ist zum Beispiel wichtig, dass Überwachungstätigkeiten mit politischem Charakter ausdrücklich ausgeschlossen werden. Herzstück des Gesetzentwurfs ist der Artikel, der die Aufgaben festlegt. Da kommt es auf jede einzelne Wortformulierung an.

Außerdem darf der Geheimdienst sich nur dann mit dem organisierten Verbrechen abgeben, wenn dieses in Verbindung mit terroristischen Aktivitäten steht. Das steht zwar so im Text, doch die Definition von Terrorismus im vor kurzem verabschiedeten Antiterrorgesetz ist eine sehr breite. Es darf nicht sein, dass dies zu einer Ausweitung der Zuständigkeit des Service de renseignement führt. Sonst riskieren wir eine "guerre des polices": Polizei und Geheimdienst konkurrieren miteinander oder stehen sich sogar im Wege. In diesem Zusammenhang finde ich auch die Personalaufstockung von 30 auf 60 Beamte überdimensioniert.

Welche Methoden sollten erlaubt sein?

Was die Wahl der Mittel betrifft: Der Gesetzesvorschlag verweist auf ein Règlement grand-ducal, das wahrscheinlich nie kommen wird. Ich nehme aber an, dass diese Methoden auch in anderen Ländern nicht so genau vorgeschrieben sind. Grundsätzlich heißt das: Methoden, die gegen bestehende Gesetze verstoßen, insbesondere gegen die zum Schutz der Privatsphäre, sind illegal.

Für einige Überwachungsmethoden sind im Gesetzentwurf Ausnahmen vorgesehen: Verletzung des Briefgeheimnisses, Telefonüberwachung, Zugang zu Datenbanken. Wie kann Missbrauch verhindert werden?

Mit den vorgesehenen Kontrollmechanismen betritt Luxemburg Neuland. Das Kontrollgremium soll aus den Fraktionsvorsitzenden bestehen. In der Regel sind das Abgeordnete, die Geheimdienstaktivitäten vorwiegend nach Kriterien der politischen Opportunität beurteilen würden. Die LSAP hat sich für eine spezialisierte Kommission ausgesprochen, mit Abgeordneten, die sich in die Materie einarbeiten und dann sachbezogene Entscheidungen treffen.

Es bleibt aber die Frage, wie diese Kommission überhaupt ihre Aufgabe wahrnehmen kann. Theoretisch ist ja alles erst einmal geheim. Die Kontrollkommission wird ja auch keinen direkten Zugang zu den Unterlagen bekommen. Sie erhält ja nur einen allgemeinen Bericht. Weitere Informationen gibt es nur, wenn die Kommissionsmitglieder nachhaken. Wie soll das praktisch funktionieren, um eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten?

Die Abgeordneten können doch die Herausgabe von Dokumenten verlangen.

Aber bei solchen Anfragen kann der Direktor entscheiden, bestimmte Informationen nicht preiszugeben. Der Text ist recht vage: "informations ou pièces susceptibles de révéler l'identité d'une source du Service ou pouvant porter atteinte au droit de la personne d'un tiers". Der Chef der Verwaltung, die eigentlich kontrolliert werden soll, entscheidet darüber, wo die Kontrolle aufhört. Missbrauch ist vorprogrammiert. Im deutschen Gesetz sind die Regeln zwar ähnlich, doch entscheidet über die Herausgabe die Bundesregierung. Wir fordern, dass wenn Teile von Dokumenten nicht offengelegt werden können, der Geheimdienst dennoch die restlichen Informationen der Kommission zur Verfügung stellt. Und in Fällen, in denen der Direktor die Herausgabe von Dokumenten verweigern möchte, sollten die Regierungsverantwortlichen im Endeffekt entscheiden.

Als die sozialdemokratische Bewegung entstand, war sie im Visier der Geheimdienste. Dies hat sich

in den vergangenen Jahrzehnten geändert. Die Kritik der LSAP am Service de renseignement ist betont konstruktiv. Sind die Sozialisten vom Opfer zum Täter geworden?

Überhaupt nicht. Wir sind der Meinung, dass es Bereiche in der öffentlichen Sicherheit gibt, die von der Polizeiarbeit nicht abgedeckt werden können. Das Sammeln bestimmter Informationen zu präventiven Zwecken muss von einem spezialisierten Dienst ausgeführt werden. Dieser Dienst muss sich im Rahmen der bestehenden Gesetze bewegen, einen klar umrissenen Auftrag haben und einer wirksamen Kontrolle unterliegen. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, haben wir keine Schwierigkeiten mit diesem Text, insbesondere wenn politische Geheimdiensttätigkeiten ausgeschlossen werden.

Ist es ihrer Meinung nach falsch, die PDS zu überwachen, wie das in Deutschland geschieht?

Das dürfte eigentlich nicht geschehen. Ich sehe nicht ein, dass das Bespitzeln linker Parteien zu den Aufgaben des Geheimdienstes gehört. Das Gleiche gilt im übrigen für rechte Gruppen, zumindest solange sie nicht zu Gewalt aufrufen.

Und was ist mit der mutmaßlichen Bespitzelung der KPL vor 1989?

Das war sicherlich nicht gerechtfertigt. Wir sehen ein, dass man angesichts der internationalen Bedrohungen heute einen Geheimdienst benötigt. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir alles gut heißen, was der Service de renseignement in den vergangenen 40 Jahren gemacht hat.

Die Realität ist doch, dass europaweit unter dem Deckmantel der inneren Sicherheit Oppositionsparteien und -gruppen überwacht werden.

Der Service de renseignement hat sich an den Gesetzestext zu halten. Natürlich müssen die ihm übertragenen Aufgaben restriktiv ausgelegt werden. Wir wollen nicht, dass der Geheimdienst mit seinen erweiterten Befugnissen alles überwacht, was sich in Luxemburg bewegt. Deshalb ist die Frage der Kontrolle auch so wichtig.

Sie schließen also aus, dass auf Grundlage dieses Gesetztextes sozialistische PolitikerInnen oder Jusos bespitzelt werden?

Ich weigere mich, so etwas zu glauben. Wenn der Service de renseignement sonst nichts zu tun hätte, wenn das Bestand seiner Tätigkeit wäre, dann müssten wir uns wirklich fragen, ob wir ihn brauchen.

**Das Interview führte
Raymond Klein**